



## **Beratendes Mitglied**

Frau Theresia Schumann

entschuldigt

## **Mitglieder der Verwaltung**

<b>Name</b>	<b>Funktion</b>	<b>Anwesenheitsgrund</b>
Frank Zabel	Koordinator Kommunalen Präventionsrat	TOP 5.
Simone Schurig	Leiterin Schul- und Sportreferat	TOP 8.1.
Heidi Seeling	Behinderten- und Ausländerbeauftragte	Zu allen TOP
Eric Hoffmann	FBL Jugend/Soziales/Schulen/Sport	Zu allen TOP
Martin Hofmann	SB Rechnungsprüfungsamt	Zu allen TOP

## **weitere Sitzungsteilnehmer**

<b>Name</b>	<b>Anwesenheitsgrund</b>
Claudia Bodenschatz, Freie Presse	Öffentlicher Teil
Martina Kober, Geschäftsführerin Jobcenter Vogtland	TOP 4.
Andreas Vödisch, Pfarrer Markus-Paulus-Kirchgemeinde Plauen	TOP 5.

## **Tagesordnung: öffentlicher Teil:**

1. Eröffnung der Sitzung
- 1.1. Tagesordnung
- 1.2. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 38. Sitzung des Bildungs- und Sozialausschusses am 06.12.2023
- 1.3. Beantwortung von Anfragen
- 1.4. Informationen des Bürgermeisters
2. Einwohnerfragestunde
3. Antrag der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion - Wiedereinberufung einer AG Kinder- und Jugendbeteiligung -, Reg.-Nr. 381-24 - Stellungnahme der Verwaltung
4. Statistik der Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten in Plauen sowie Hinderungsgründe bei der Arbeitsvermittlung  
Berichterstattung: Martina Kober, Geschäftsführerin Jobcenter Vogtland
5. Information zum Stand und den Angeboten des Projekts „Soziale Orte“ „Villa Postplatz“ vor Ort: Melanchthonstraße 1  
Berichterstattung: Frank Zabel, Koordinator KPR der Stadt Plauen / Gast: Pfr. Andreas Vödisch, Markus-Paulus-Kirchgemeinde Plauen
6. Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

## **1. Eröffnung der Sitzung**

Die 41. Sitzung des Bildungs- und Sozialausschusses wird von Herrn Tobias Kämpf, Bürgermeister GB I, durch Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit eröffnet und geleitet.

Gemäß aktueller Änderungen in § 39 SächsGemO weist Herr Tobias Kämpf, Bürgermeister GB I, darauf hin, dass eine Verletzung von Form oder Frist der Ladung eines Ausschussmitglieds als geheilt gilt, wenn das Mitglied zur Sitzung erscheint und den Mangel nicht spätestens bei Eintritt in die Tagesordnung der Sitzung geltend macht. Mit Einverständnis des Bildungs- und Sozialausschusses werden zur Mitunterzeichnung der Niederschrift über die heutige Sitzung Frau Stadträtin Uta Seidel, Fraktion DIE LINKE. und Herr Stadtrat Mario Dieke, AfD-Fraktion, bestellt.

### **1.1. Tagesordnung**

Die Tagesordnung über den öffentlichen Teil wird bestätigt.

### **1.2. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 38. Sitzung des Bildungs- und Sozialausschusses am 06.12.2023**

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 38. Sitzung des Bildungs- und Sozialausschusses vom 06.12.2023 wird bestätigt.

### **1.3. Beantwortung von Anfragen**

Es gibt keine offenen Anfragen.

### **1.4. Informationen des Bürgermeisters**

Informationen des Bürgermeisters gibt es keine im öffentlichen Teil.

## **2. Einwohnerfragestunde**

Es sind keine Einwohner anwesend.

## **3. Antrag der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion - Wiedereinberufung einer AG Kinder- und Jugendbeteiligung -, Reg.-Nr. 381-24 - Stellungnahme der Verwaltung**

Frau Stadträtin Diana Zierold, SGI-Fraktion, stellt den Antrag Reg.-Nr.: 381-24 vor, der zusammen mit der Fraktion DIE LINKE. initiiert wurde.

Dabei führt sie aus, dass zum einen die Jugendbeteiligung beiden Fraktionen sehr wichtig sei und zum anderen gebe es Anfragen von Vertretern der Kinder- und Jugendarbeit, die sich nach dem aktuellen Stand der AG erkundigt haben. Die Einberufung der AG wäre ein wichtiger Schritt, um die Kinder und Jugendlichen direkt und aktiv zu beteiligen.

Neben der Fortführung der AG sollen neben den bisher Beteiligten auch Jugendliche an der AG teilnehmen. Es wäre ein Zugewinn, wenn sie beteiligt werden und ihre Wünsche und Ideen einbringen dürfen. Zudem sei es inzwischen bekannt, dass die Jugendlichen, die in ihrer Jugend in ihrer Heimatstadt beteiligt werden und sich einbringen konnten, nach dem Studium eher wieder in ihre Heimatstadt zurückkehren. Die Kinder und Jugendlichen sind ein Teil der Gesellschaft, die Beteiligung sollte daher nicht nur auf die Schülersprecher beschränkt werden, so Frau Zierold weiter.

Ferner kritisiert sie die Art und Weise der Beteiligung, welche die Verwaltung in ihrer Stellungnahme vorgeschlagen hat. Sie erachtet die Beteiligung der Kinder und Jugendlichen in einer AG für sinnvoller als die Jugendlichen nur gelegentlich in einem Gremium zu beteiligen. In einer AG könnten die Kinder und Jugendlichen gleichwertig mitbestimmen und mitgestalten, im Bildungs- und Sozialausschuss haben nur die Stadträte das Stimmrecht. Sie bitet dem Antrag zuzustimmen.

Frau Stadträtin Uta Seidel, Fraktion DIE LINKE., möchte gern wissen, wie die Resonanz auf die Bedarfsabfrage seitens der Verwaltung ausgefallen ist. Sie vermutet, dass die ORBIT Umfrage reibungsloser abgelaufen wäre, wenn die AG Kinder- und Jugendbeteiligung nach wie vor existiert hätte. Darüber hätte man über die Wichtigkeit der Umfrage informieren können, sodass weder eine Terminverschiebung noch eine Verlängerung notwendig gewesen wären. Derzeit haben 3000 Kinder und Jugendlichen an der ORBIT Umfrage teilgenommen. Sie ist auch der Ansicht, dass sich viele Jugendlichen nicht trauen, eine Fraktion oder die Stadtverwaltung anzusprechen. Ein Gremium wie der Bildungs- und Sozialausschuss würden sie eher noch mehr verunsichern.

Herr Eric Hoffmann, Fachbereichsleiter Jugend/Soziales/Schulen/Sport, informiert, dass die letzte AG Sitzung Anfang 2023 ohne konkrete Ergebnisse ausgegangen ist. Die Stadtverwaltung möchte dennoch Beteiligungsstrukturen schaffen. Daher hat man die Bedarfsabfrage bei den Jugendverbänden gestartet, bei welcher der Rücklauf eher ernüchternd ausgefallen sei. Von den 10 angeschriebenen Kinder- und Jugendeinrichtungen haben sich 3 Vertreter gemeldet und sich für eine Fortführung der AG ausgesprochen.

Bei der Erweiterung des Teilnehmerkreises um Jugendliche hat die Stadtverwaltung jedoch Bedenken. Aufgrund der bereits sehr hohen Teilnehmeranzahl bestehend aus Vertretern der Kinder- und Jugendeinrichtungen, der Verwaltung, den Fraktionen und den Jugendlichen gestaltet sich die konkrete Diskussion der Themen eher schwierig, so Herr Hoffmann weiter.

Alternativ hat die Verwaltung vorgeschlagen, die Kinder und Jugendlichen regelmäßig oder zu bestimmten Themen direkt in den entscheidenden Gremien zu beteiligen, ähnlich bei der Projektvorstellung der Kinderkonferenz durch die Schulsprecher im Dezember 2023. Dabei soll die Beteiligung über die gewählte Schülerversretung oder anderweitig engagierte Kinder und Jugendlichen erfolgen, die dann einen direkten Kanal zum Gremium haben und dort ihre Themen und Anregungen vortragen können. Durch die regelmäßigen Gesprächsrunden des Kommunalen Präventionsrates mit den Schülersprechern könnten die relevanten Themen sowie die Wahl eines oder mehrerer Vertreter für den Bildungs- und Sozialausschuss bestimmt werden.

Sollte die AG dennoch fortgeführt werden, müssen die Fragen zur Zielgruppe sowie die mögliche Form der Beteiligung vorab geklärt werden.

Herr Bürgermeister Kämpf ist verwundert, dass offensichtlich eine große Unkenntnis darüber herrscht, was die Stadt Plauen im Hinblick auf die Jugendbeteiligung tut. Mit großem organisatorischen Aufwand und mit der Unterstützung des Kinderschutzbundes sowie vielen Erziehern und Vereinen konnte im vergangenen Jahr erstmalig die Kinderstadt im Plauener Parktheater stattfinden. Das war ein großer Erfolg, dass dies in dieser Größenordnung realisiert werden konnte.

Gerade in den Grundschulen hat man die Themen aufgearbeitet, zudem konnten die Schulklassen das Rathaus besuchen und mit dem Bürgermeister ins Gespräch kommen. Es gab die Kinderkonferenz in der Festhalle. Dabei sind ebenfalls gewisse Anliegen der Kinder und Jugendlichen aufgenommen worden.

Bei der Kinderkonferenz waren die Klassen- bzw. Schülersprecher anwesend, welche die Kinder und Jugendlichen an ihren Schulen vertreten. Dabei haben sie nicht nur von ihrer Schule berichten können, sondern auch allgemein, was sie in ihrem Lebensalltag bewegt.

Zudem sei es wichtig, die Anliegen von Kindern und Jugendlichen an der Stelle anzubringen, wo sie auch entschieden werden können. Das zeigt, dass wir unsere Kinder und Jugendlichen in der Stadt Plauen ernstnehmen. Darüber hinaus gibt es kleine Runden mit den Schülersprechern, die vom Kommunalen Präventionsrat organisiert werden, so Bürgermeister Kämpf weiter.

Da die Rückmeldungen von den Vertretern der Kinder- und Jugendeinrichtungen überschaubar ausfielen, empfiehlt er die AG noch einmal einzuberufen, um die Zielgruppe und das zukünftige Beteiligungsformat abzustimmen.

Der Kritik von Frau Stadträtin Seidel bezüglich der ORBIT Umfrage kann er sich nicht anschließen. Die Kinder- und Jugendeinrichtungen haben aktiv für die ORBIT Studie geworben. Durch die aktive Ansprache an Schulen konnte die Resonanz noch etwas erhöht werden, so Herr Bürgermeister Kämpf weiter.

Zudem gibt Herr Bürgermeister Kämpf zu bedenken, dass die Sozialarbeiter der Kinder- und Jugendeinrichtungen zu oft in den Gremien eingebunden sind und ihnen die Zeit für die Arbeit mit den Kindern und Jugendlichen fehlt. Das ist nicht zielführend. Besser wären seiner Ansicht nach projekt- und anlassbezogene Abstimmungen.

Um die weitere Verfahrensweise zu definieren, nimmt sich die Verwaltung dem Auftrag an und wird die AG zum nächstmöglichen Zeitpunkt einberufen, sobald die Ergebnisse der ORBIT Studie vorliegen, so Herr Bürgermeister Kämpf weiter.

Frau Stadträtin Diana Zierold, SGI-Fraktion, möchte den Antrag dennoch abstimmen lassen. Ansonsten wünscht sie eine Fristsetzung für die Einberufung der AG. In der ersten Sitzung sollten zudem die Ziele und die Ausgestaltung der AG genau definiert werden. Es ist ihr wichtig, die Jugendlichen regelmäßig in einer AG anstatt nur gelegentlich in einem Gremium zu beteiligen.

Herr Bürgermeister Kämpf schlägt vor, die Ergebnisse der ORBIT Studie abzuwarten und dann die AG einzuladen. Dies wird voraussichtlich noch vor der Sommerpause geschehen, vorausgesetzt die ORBIT Studie liegt bis dahin vor. Er bleibt dabei, dass ein AG Treffen nur dann zielführend sei, wenn es um konkrete Themen geht. Die AG hat weder ein Budget noch berechtige diese zu einer Abstimmung. Er möchte gern daran festhalten, dass es sinnvoll wäre, die Beteiligung über die Schülersprecher zu realisieren.

Herr Stadtrat André Bindl, FDP-Fraktion, hat die AG vom Anfang an begleitet und ist sicher, dass die Zusammenkünfte der AG durchaus Früchte getragen haben. Die Jugendlichen selbst kamen bis dato jedoch nicht zu Wort. Bisher waren es die Vertreter der Kinder- und Jugendeinrichtungen, welche die Anliegen und Wünsche der Jugendlichen in der AG vorgetragen haben. Er spricht sich für die nochmalige Einberufung der AG aus. Er findet es gut, dass nun auch die Jugendvertreter einberufen werden sollen.

Frau Stadträtin Uta Seidel, Fraktion DIE LINKE., schließt sich den beiden Stadträten an. Der mittelmäßige Rücklauf seitens der Vereine war dem ungünstigen Zeitpunkt geschuldet. Ihr ist dennoch bekannt, dass die Vertreter der Kinder- und Jugendeinrichtungen die Fortführung der AG wünschen. Mit der Terminverschiebung auf den Sommer ist sie jedoch nicht einverstanden, da die Ergebnisse der ORBIT Studie sicherlich noch nicht vollständig vorliegen werden.

Herr Bürgermeister Kämpf sagt, dass für die Rückmeldungen genug Zeit vorgesehen war. Er nimmt sich dem Auftrag an und wird die AG zeitnah nach dem Vorliegen der Ergebnisse der ORBIT Studie einladen. Er fragt, ob der Antrag dennoch abgestimmt werden soll.

Frau Stadträtin Diana Zierold, SGFI-Fraktion, teilt mit, dass der Antrag keiner Abstimmung bedarf, sofern der Bürgermeister einen Termin für die Einladung zur AG Ende Juni zusagen kann. Zudem hätte sie sich im Sinne der Transparenz gewünscht, dass die Fraktionen als Antragsteller bei der Bedarfsabfrage in Kopie genommen werden.

Herr Bürgermeister Kämpf sichert die absolute Transparenz zu. Die Bedarfsabfrage bei den Vereinen ist zusätzlich und unabhängig vom Antrag erfolgt. Es sei zudem nicht üblich, die Stadträte bei jedem Schreiben des Bürgermeisters in Kopie zu setzen.

Schlussendlich sichert Herr Bürgermeister Kämpf zu, dass die Einladung zur AG im Sommer 2024 erfolgt. Dabei sollen die Auswertung der Ergebnisse aus der AG Orbit sowie weitere Verfahrensweise zur Kinder- und Jugendbeteiligung abgestimmt werden. TOP 3 ist somit bearbeitet.

**4. Statistik der Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten in Plauen sowie Hinderungsgründe bei der Arbeitsvermittlung**  
**Berichterstattung: Martina Kober, Geschäftsführerin Jobcenter Vogtland**

Herr Bürgermeister Kämpf begrüßt Frau Kober, Geschäftsführerin des Jobcenters Vogtland.

Frau Martina Kober, Geschäftsführerin des Jobcenters Vogtland, erläutert die Statistik der Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten sowie Hinderungsgründe bei der Arbeitsvermittlung. Die ausführliche Power Point Präsentation wird allen Fraktionen über das Ratsinformationssystem zur Verfügung gestellt.

So berichtet sie, dass 50% der Bürgergeldbezieher aus dem Raum der Stadt Plauen kommen. In 2023 wurden im Vogtland ca. 55 Millionen Euro an Bürgergeld einschließlich der Versicherungsbeiträge gezahlt. Nahezu 26 Millionen Euro wurden allein für Kosten der Unterkunft und Heizung, das Bildungs- und Teilhabepaket sowie Erstausrüstung gezahlt. Grob gerechnet werden ca. 100 Mio. Euro jedes Jahr vom Jobcenter Vogtland ausgezahlt. So werden im Schnitt ca. 1 Mio. Euro im Monat nur für Unterkunft und Heizung im Stadtgebiet Plauen verausgabt.

Die meisten Menschen sind versicherungspflichtig im verarbeitenden Gewerbe, gefolgt vom Gesundheits- und Sozialwesen sowie Handel oder Baugewerbe beschäftigt. Die Zeitarbeit ist nicht unwesentlich im Vogtland und ermöglicht ebenfalls den Einstieg ins Erwerbsleben.

Im August 2023 waren 260 geflüchtete Ukrainer sozialversicherungspflichtig im Vogtland beschäftigt. Die meisten davon arbeiten in Fertigungsberufen, im Lebensmittel- und Gastgewerbe, Verkehrs- und Logistikberufen sowie in sozialen und kulturellen Dienstleistungsberufen.

Die Anzahl der gemeldeten Stellen liegt im Februar 2024 bei 2.459, Tendenz steigend. In den Fertigungsberufen sind die meisten offenen Stellen zu besetzen. Die Kurzarbeit ist nicht mehr dominierend. Dennoch sind noch viele Unternehmen bei den Einstellungen sehr zurückhaltend.

Zur Arbeitslosigkeit lässt sich sagen, dass es im Februar 2024 4.563 im SGB II und 2.767 Arbeitslose im SGB III gab. Somit sind 2/3 der Arbeitslosen im Vogtland im SGB II zugeordnet.

Im Februar 2024 bezogen 8.559 Menschen Bürgergeld, darunter 2.700 nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte wie Kinder unter 15 Jahren oder Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft.

Erfreulicherweise geht der Langzeitleistungsbezug zurück, d.h., dass der Anteil der Menschen, die in den letzten 2 Jahren 21 Monate Leistungen bezogen haben, sinkt. Dagegen steigt der Anteil der Langzeitarbeitslosen, die länger als 1 Jahr arbeitslos sind. Die Anteile der Langzeitarbeitslosen ohne Berufsabschluss und derer, die entweder 2 Jahre oder länger ohne Beschäftigung sind, fallen recht hoch aus.

Weiter berichtet Frau Kober, dass durch die Migration auch in Sachsen eine Zunahme an erwerbsfähigen Leistungsberechtigten und an Bedarfsgemeinschaften zu verzeichnen sei. Auch im Vogtland ist der Anteil von 2022 zu 2023 aufgrund der Flüchtlingswelle angestiegen.

Stand August 2023 gingen 1.508 erwerbsfähige Leistungsberechtigte einer Erwerbstätigkeit, in Voll- oder Teilzeit nach. 442 Leistungsbezieher waren geringfügig beschäftigt. Bedenklich

sei auch, dass es viele Aufstocker gibt, die zwar in Vollzeit arbeiten, aber dennoch auf die Sozialleistungen angewiesen sind, da das Gehalt nicht ausreicht, um die Bedarfsgemeinschaft zu versorgen. Mit 60% sind die Single-Bedarfsgemeinschaften im Vogtland am höchsten.

Im August 2023 bezogen 4.127 Erwerbsfähige in Plauen Bürgergeld. Davon kamen 488 aus den sogenannten „Asyl 8 Ländern“, den acht zugangsstärksten Herkunftsländern wie Afghanistan, Syrien, Eritrea, Irak, Iran, Nigeria, Pakistan und Somalia. Weitere 767 Leistungsempfänger stammen aus der Ukraine. Ein Großteil von ihnen sei in einem arbeitsfähigen Alter.

Im gesamten Vogtland waren es im Vergleich zum gleichen Zeitpunkt 8.196 Leistungsempfänger, darunter 604 Menschen aus den „Asyl 8 Ländern“ und 1.496 aus der Ukraine.

Rund 33% aller Leistungsbezieher sind Migranten mit steigender Tendenz. In der Altersstruktur sind diese Leistungsbezieher ebenfalls in einem erwerbsfähigen Alter. Nur etwa 10% der ausländischen Leistungsberechtigten sind älter als 55 Jahre. Der große Anteil von ihnen hat keinen Berufsabschluss (65%). Es gibt aber durchaus Menschen, die eine akademische Ausbildung vorweisen können oder eine Schulbildung haben und gewillt sind, eine Ausbildung zu beginnen.

Sie macht auch kein Geheimnis daraus, dass auch die Stadt Plauen auf die Zuwanderung angewiesen ist. Mit der eigenen Bevölkerung können die Arbeitsplätze nicht vollumfänglich besetzt werden. Die geflüchteten Menschen sind überwiegend motiviert. Natürlich müsse man unterscheiden, es gibt unter den Geflüchteten solche und solche. Aber, dass keiner von ihnen arbeiten möchte, kann sie so nicht bestätigen.

Sie appelliert an die Unternehmen und Institutionen, auch Menschen mit geringen Sprachkenntnissen und mit noch nicht anerkannten Berufsabschluss im Praktikum einzustellen. Dadurch würden die Menschen trotzdem einer Tätigkeit nachgehen und gleichzeitig ihre Sprachkenntnisse verbessern.

Gerade die Jugendlichen liegen Frau Kober sehr am Herzen. Unsere demografische Entwicklung dürfte jedem bekannt sein. Daher sollen wir alles daransetzen, die jungen Menschen, auch mit Migrationshintergrund im Vogtland zu behalten, so Frau Kober weiter.

Weiter führt sie aus, dass alle ukrainischen jungen Menschen mit Schulabschluss beraten wurden. Bis auf wenige Ausnahmen haben sie die Motivation eine Ausbildung in Deutschland absolvieren zu wollen. Die Sprachkenntnisse sind jedoch nicht ausreichend. So hofft sie, dass es in Zusammenarbeit mit den Trägern gelingt, ein Integrationskurs für Jugendliche ab April anbieten zu können.

Zu den größten Barrieren gehören die Sprache und die schleppende Anerkennung von Berufsabschlüssen. Es gibt nicht genügend Dozenten für Sprachkurse. Bevor das notwendige Sprachniveau für eine Ausbildung erreicht werden kann, sind viele junge Menschen bereits weitergezogen oder verdienen mit anderen Dingen Geld, die uns nicht so gut gefallen, so Frau Kober weiter. Zudem dauert es in Sachsen zu lang, bis die Berufsabschlüsse von Migranten anerkannt werden.

Aber auch die Stadtgesellschaft und die Arbeitgeber sind gefordert, erklärt sie weiter. Die Unternehmen müssen ihre Belegschaft bei der Integration geflüchteter Menschen mitnehmen. Auch bei der Willkommenskultur ist noch viel Luft nach oben.

Im letzten Jahr waren 266 ukrainische Staatsangehörige sozialpflichtig beschäftigt, bei den 8 Herkunftsländern deutlich mehr. Im Schnitt gelingt es derzeit 10-12 ukrainische Menschen im Monat in Arbeit zu bringen. Vielen fällt die deutsche Sprache nicht leicht, das Sprachniveau schaffen nicht alle und müssen Wiederholungskurse absolvieren. Es gibt seit Oktober 2023 eine Initiative des Bundes namens Job-Turbo. Dabei geht es darum, Menschen in Arbeit zu integrieren, auch mit einem Sprachniveau, das noch nicht entwickelt ist.

Auch sei das Jobcenter mit der Stadtverwaltung zwecks der Kinderbetreuung sowie mit dem Landesamt für Schule und Bildung wegen Schulplätzen im Gespräch. Derzeit gibt es mehr als 300 ukrainische junge Menschen, die bereits die Schule abgeschlossen haben und motiviert sind eine Ausbildung zu absolvieren. Für diese jungen Menschen gibt es seitens der Bundesagentur für Arbeit zahlreiche Förderinstrumente.

Für die Berufsausbildung ist die Agentur für Arbeit zuständig. Viele junge Menschen haben aber noch nicht die Ausbildungsreife. Es gibt Förderungen, die erst greifen, wenn die jungen Menschen das Sprachniveau B1 vorweisen können. Das dauere jedoch zu lange, sagt Frau Kober. Sie setzt sich dafür ein, den Menschen auch mit geringen Sprachkenntnissen eine Chance auf einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz zu geben.

Auch sei die Agentur für Arbeit stark mit den Arbeitgebern wegen der Willkommenskultur, Förderung, Sprache, Gestaltung der Arbeitsverträge etc. im Gespräch. Nur in Zusammenarbeit mit den Unternehmen, öffentlichen Institutionen, Vereinen und der Agentur für Arbeit kann die Integration gelingen, denn ein Netzwerk für Flüchtlingshilfe gibt es im Vogtland nicht.

Zum Schluss fügt Frau Kober hinzu, dass trotz der Zugänge an Geflüchteten keineswegs Stellen im Jobcenter aufgestockt wurden. Jeden Tag versucht man die Integration der Menschen mit gleichen Personal zu bewältigen wie schon zuvor. Wie in anderen öffentlichen Einrichtungen steht auch das Jobcenter vor Herausforderungen wie Haushaltsreduzierungen, Altersabgänge oder unbesetzte Stellen.

Herr Stadtrat Christian Hermann, SGI-Fraktion, bedankt sich für die transparente Darstellung. Er kommt auf das Thema Bürokratie bei der Berufsankennung zurück und möchte wissen, welche entscheidenden Stellen für die Anerkennung beruflicher Abschlüsse zuständig seien. Weiter möchte er erfahren, wer darüber entscheidet, welches Sprachniveau vorzuweisen wäre.

Frau Kober führt aus, dass für die berufliche Anerkennung das Land Sachsen zuständig sei. Bei den Anerkennungsstellen können es das Schulamt oder die Ärztekammer bei reglementierten Berufen sein. Bei nicht reglementierten Berufen kann es die Industrie- und Handelskammer sein. Weiter sagt sie, dass sie dafür wirbt, die Menschen im Praktikum einzusetzen, auch wenn ihr Berufsabschluss noch nicht anerkannt wurde.

Die Kammer setzt das Sprachniveau B1 für eine Berufsausbildung unbedingt voraus. Da wäre es zu überlegen, eine Berufsausbildung zu verlängern und Sprachmodule einzubauen, um einen erfolgreichen Berufsabschluss zu schaffen. Über die BAMF gebe es bereits berufsbezogene Sprachkurse. Aber das liegt nicht in der Entscheidung des Jobcenters.

Herr Stadtrat Mario Dieke, AfD-Fraktion, bedankt sich ebenfalls für den Vortrag. Es interessiert ihn, wie hoch die Arbeitslosenquote bei den ukrainischen Flüchtlingen ist und welche Ursachen dafür vorliegen. Er sagt, eine moderne Firma lebt von der Kommunikation. So ist er der Ansicht, dass die Voraussetzungen für die Sprache eher geschaffen werden müssen. Er glaubt, dass die Firmen keine Kapazitäten dafür haben auch noch Sprachmodule anzubieten, selbst wenn sie es wollten.

Frau Kober sagt, als die Geflüchteten eingereist waren, war man sich seitens der Wirtschaft einig, dass die Sprachkenntnisse notwendig seien, um überhaupt eine Tätigkeit aufnehmen zu können. Die ganzen Erkenntnisse, dass zum Beispiel die Sprachkurse zu lange dauern, Dozenten fehlen, kamen nach und nach. Vielleicht ist man auch davon ausgegangen, dass der Krieg eher zu Ende geht und ein Teil der Menschen wieder zurückkehrt.

Ein Großteil der Menschen will jedoch in Deutschland bleiben. Natürlich müssen die Menschen die deutsche Sprache beherrschen. Es wird auch eingefordert im Jobcenter in der Amtssprache Deutsch zu sprechen, dennoch lässt sich die Nutzung von Sprachübersetzungsgeräten oder Google Übersetzer nicht gänzlich ausschließen.

Ein Unternehmen an der Landesgrenze geht bereits mit einem positiven Beispiel voran. Ein großer Anteil der Migranten findet dort eine Beschäftigung. So muss es doch auch bei uns möglich sein, den Menschen gerade im verarbeitenden Gewerbe eine Anstellung anzubieten. In den Handelsunternehmen klappt es ganz gut, in anderen Unternehmen ist es schwierig die geflüchteten Menschen unterzubringen, so Frau Kober abschließend.

Herr Dieke möchte die Arbeitslosenquote in Prozent wissen, diese Angabe hat er in der Statistik vermisst. Seiner Berechnung nach gehen knapp über 10% von ihnen einer Tätigkeit nach und 90% sind demzufolge arbeitslos.

Frau Kober antwortet, dass sie die Arbeitslosenquote ukrainischer Geflüchteter prüfen und nachreichen wird.

**5. Information zum Stand und den Angeboten des Projekts „Soziale Orte“ „Villa Postplatz“ vor Ort: Melanchthonstraße 1  
Berichterstattung: Frank Zabel, Koordinator KPR der Stadt Plauen / Gast: Pfr. Andreas Vödisch, Markus-Paulus-Kirchgemeinde Plauen**

Herr Bürgermeister Kämpf begrüßt zunächst Herrn Pfarrer Andreas Vödisch und führt in das Thema ein. Es sei im letzten Jahr oft über die präventiven Maßnahmen am Postplatz diskutiert worden. Es sind viele Gespräche mit dem KPR, der Markus-Paulus-Kirchgemeinde, der Mobilien Jugendarbeit Plauen e.V. und Brücke e.V. sowie weiteren Akteuren über den Ablauf eines solchen Projektes geführt worden. Über das Förderprogramm „Soziale Orte“ wurde bereits in den vorherigen Sitzungen berichtet.

Nun ist es gelungen, die Förderung zu bekommen sowie viele Akteure aus dem sozialen Bereich für das Projekt „Soziale Ort“ zu begeistern. Großen Dank richtet er an die Markus-Paulus-Kirchgemeinde, die sich bereit erklärt die Verantwortung als Träger zu übernehmen.

Weiter bedankt sich Herr Bürgermeister Kämpf bei allen Akteuren, die das Projekt unterstützen und bei Herrn Frank Zabel vom Kommunalen Präventionsrat, der sich für das Projekt eingesetzt und auch bei der Beantragung der Förderung mitgewirkt hat. Er bittet Herrn Zabel über den aktuellen Stand des Projektes zu berichten.

Herr Frank Zabel, Koordinator Kommunalen Präventionsrat der Stadt Plauen, stellt das Projekt anhand einer Präsentation vor. Die ausführliche Präsentation wird den Fraktionen über das Ratsinformationssystem zur Verfügung gestellt.

Herr Zabel berichtet, dass das Projekt aus 2 Fördertöpfen finanziert wird. Der größte Teil der Förderung kommt vom Sozialministerium über die Förderrichtlinie „Soziale Orte“ und beträgt für 2024 rund 160.000,00 Euro. Zudem werden Sach- und Personalkosten gefördert. Der Förderzeitraum erstreckt sich auf max. 3 Jahre. Die Kirchgemeinde trägt einen Eigenanteil von 10%. Das Projekt wird mit 2 festen Mitarbeitern, einer Sozialpädagogischen Fachkraft und einer Hilfskraft besetzt.

Die Fördermittel aus dem Bundesprogramm zur Innenstadtbelebung (ZIZ) fließen auch zum Teil in dieses Projekt. Ein Teilprojekt, ursprünglich „Jugendcafé“ wird darüber gefördert. Dabei handelt es sich um ein Angebot mit einer Küche.

20 Akteure aus der Zivilgesellschaft konnten bereits für dieses Projekt gewonnen werden. Das Objekt befindet sich an der Melanchthonstraße 1 nahe Postplatz. Aktuelle Bezeichnung lautet VIPP (=Villa am Postplatz). Ein endgültiger Name steht noch nicht fest.

Es wird ein breites Angebotsspektrum geben, das sich von der Jobvermittlung, Suchtberatung, Eingliederungshilfe bis hin zu Seniorenberatung, Sport- und Kreativangeboten sowie Workshops etc. erstreckt. Weitere Aktivitäten sind geplant. Die Angebote richten sich an alle Bür-

gerinnen und Bürger der Stadt Plauen, unabhängig vom Alter oder Bevölkerungsgruppe.

Herr Pfarrer Andreas Vödisch ergänzt, dass bereits viel Geld in die Sanierung des Gebäudes investiert wurde und die Eröffnung bereits im Mai 2024 geplant sei. Das Projekt soll insbesondere für die Aufenthaltsqualität der Innenstadt sorgen. Jeder sieht, dass es keine Villa ist, so Herr Pfarrer Vödisch weiter. Dennoch ist er guter Hoffnung, dass es zu einer Villa erstrahlen könnte, wenn sich viele Akteure einbringen und die Angebote gut anlaufen sowie von der Bürgerschaft angenommen werden.

Frau Jana Richter-Wehnert, sachkundige Einwohnerin, möchte wissen, wer für die Koordination der Angebote zuständig sei.

Herr Pfarrer Vödisch antwortet, dass die Stelle der Koordinatorin ausgeschrieben wurde. Frau Kotov von der Markus-Paulus-Kirchgemeinde übernimmt die Koordinierung. Sie macht bereits die Delegationsarbeit der Kirchgemeinde. Derzeit arbeite man an einem Tool, das ermöglicht, die Angebote zu sammeln und überschaubar zu koordinieren.

Frau Jana Richter-Wehnert, sachkundige Einwohnerin, fragt weiter, ob sich die Kooperationspartner an den Kosten für die Räumlichkeiten beteiligen.

Herr Pfarrer Vödisch gibt zur Antwort, dass für die Räumlichkeiten keine Kosten entstehen. An den Materialkosten wird sich beteiligt bzw. werden diese über die Projektkosten verrechnet.

Herr Sebastian Loik, sachkundiger Einwohner, lobt das Vorhaben und möchte erfahren, ob es geplant sei, einen Außenbereich zu etablieren.

Herr Zabel antwortet, dass es geplant sei, die Terrasse vor dem Objekt auszubauen.

Herr Stadtrat Eric Holtschke, SGI-Fraktion, begrüßt das Projekt und hofft, dass es zum großen Erfolg wird.

Herr Bürgermeister Kämpf ergänzt, dass die Kooperationspartner für größere Veranstaltungen Räume in der näheren Umgebung zur Verfügung stellen können. Vor allem in der Niedrigschwelligkeit sieht er den Erfolg dieses Projektes. So kann die Bürgerschaft der Stadt Plauen ohne Hürden zahlreiche Angebote in Anspruch nehmen.

Wir machen ein aktives Angebot, es wird eine Anlaufstelle, bei der jeder nicht nur Unterstützung in Problemlagen bekommen kann, sondern auch Freizeitmöglichkeiten aufgezeigt werden, nach dem Aspekt Hilfe zur Selbsthilfe. Die Menschen müssen es natürlich auch annehmen. Wer die Kirchgemeinde bei dem Eigenanteil gern finanziell unterstützen möchte, kann dies sehr gern tun, so Bürgermeister Kämpf weiter.

Im Anschluss an die Sitzung kann das Objekt „Villa am Postplatz“ gemeinsam vor Ort besichtigt werden.

## **6. Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)**

Herr Stadtrat Prof. Dr. Dirk Stenzel, CDU-Fraktion, fragt, wann der Antrag seiner Fraktion vom 12.03.2024 behandelt wird.

Herr Bürgermeister Kämpf antwortet, dass der Antrag in der nächsten Ausschusssitzung behandelt wird, da die Tagesordnung bereits feststand.

Frau Stadträtin Uta Seidel, Fraktion DIE LINKE., ihr ist bekannt, dass Kinderland e.V. räumlich sehr eingeschränkt ist. Sie fragt an, ob dafür die Räume in der Herbart Schule genutzt

werden könnten. Ferner möchte sie wissen, wann der Mietspiegel beschlossen wird.

Herr Bürgermeister Kämpf entgegnet, dass die Termine den Mitgliedern der AG Mietspiegel bekannt seien. An der AG nimmt ein Vertreter aus jeder Fraktion teil. Er bittet um Austausch innerhalb der Fraktion. Ziel sei es aber, noch vor der Sommerpause den Beschluss zum Mietspiegel zu fassen.

Es wird demnächst noch eine finale Besprechung geben, bei der es um die Berechnung des Mietspiegels geht. Danach wird es von den Vermieter- und Mietervereinigungen sowie der Stadt Plauen einen Konsens geben müssen, damit der Mietspiegel von allen Seiten anerkannt wird, so Bürgermeister Kämpf weiter.

Frau Stadträtin Diana Zierold, SGI-Fraktion, spricht die Parteiveranstaltung der AfD in der Festhalle an und möchte wissen, wer den Ablauf und Inhalte der Veranstaltung überprüft. Sie versteht nicht, warum sich die in Sachsen als gesichert rechtsextremistisch eingestufte Partei in einer städtischen Festhalle einmieten darf.

Bürgermeister Kämpf sagt, es gibt ganz klare Regelungen für die Vermietung der Festhalle. Der Mieter verpflichtet sich zu diesen Bedingungen und versichert, dass die Veranstaltung keine rassistischen oder antisemitischen Äußerungen beinhaltet. Dies ist in den Geschäftsbedingungen klar geregelt. Sollte es dennoch festgestellt werden, so verspricht der Bürgermeister entsprechend darauf zu reagieren.

Aktuell sei ihm nicht bekannt, dass rechtswidrige Äußerungen getätigt werden. Die Stadt ist zur Neutralität verpflichtet. Solange eine Partei nicht verboten wurde, gelten für diese die gleichen Rechte wie für andere Parteien auch, so Bürgermeister Kämpf weiter. Es stehe Frau Stadträtin Zierold jedoch frei, selbst vor Ort zu sein.

Herr Stadtrat Mario Dieke, AfD-Fraktion, möchte sich dazu äußern, wird jedoch unterbrochen, da es unter dem TOP „Anfragen“ nicht zulässig ist.

Frau Stadträtin Uta Seidel, Fraktion DIE LINKE., fragt nach, ob sie eine schriftliche Antwort zu ihrer Raumanfrage betreffend Kinderland e.V. bekommen kann.

Bürgermeister Kämpf möchte wissen, ob der Verein sich bereits an die Stadtverwaltung gewandt hat. Falls dies noch nicht der Fall ist, bittet er Frau Seidel, dem Verein auszurichten, auf die Stadtverwaltung zuzugehen und hat seine Unterstützung zugesichert.

Plauen, den

Plauen, den

Tobias Kämpf  
Bürgermeister GB I

Uta Seidel  
Stadträtin

Plauen, den

Plauen, den

Ellen Rotaj  
Schriftführerin

Mario Dieke  
Stadtrat